



## Tradition trifft Zukunft

Dieses Kerb-Motto hat Grävenwiesbach ein vielfältiges und familiäres Programm beschert.

► Seite 21

# Beratung in Sachen Haushalt

Hoher Besuch: Grävenwiesbach nimmt als 100. Nichtschuttschirmgemeinde Beratungsangebot des Innenministeriums in Anspruch

Von Inka Friedrich

**GRÄVENWIESBACH.** Am Montagmorgen erwartete Grävenwiesbachs Gemeindeverwaltung hohen Besuch. Hessens Innenminister Peter Beuth sowie der Präsident des Hessischen Rechnungshofs, Dr. Walter Wallmann, waren zu Gast im Usinger Land. Grävenwiesbach hat als 100. Nichtschuttschirmgemeinde das freiwillige Beratungsangebot des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit angenommen.

Das Kompetenzzentrum (KIKZ) ist eine Stabsstelle im Hessischen Innenministerium, die seit 2015 kostenlose Beratungen von Nicht-Schuttschirmkommunen für ihre Haushaltspolitik anbietet. Die Fachleute schauen während einer vergleichenden Haushaltsanalyse genau nach, wo Einsparungs-, Verbesserung- aber auch Förderpotenzial in den Gemeinden schlummert. Das Beratungsangebot wird hessenweit gut angenommen. Nun möchte man auch in Grävenwiesbach davon profitieren. Gerade im Hinblick auf die schwarze Null und das Haushaltssicherungskonzept seien Ratschläge des KIKZ äußerst wertvoll. Denn für die schwarz-grüne Regierung geht es so kurz vor der Landtagswahl auch um eine Prestigefrage. „Wir haben in dieser Wahlperiode so viel erreicht, wie lange nicht zuvor“, betonte Beuth. Mittlerweile gäbe es den dritten ausgeglichenen Haushalt – gerade im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit sei dies eine erfreuliche Entwicklung. Und das veränderte Investitionsverhalten der Kommunen für sie selbst eine große Entlastung. Für den Minister geht es in diesem Punkt vor allem um Generationengerechtigkeit und darum, dass die Kommunen das veränderte Investitionsverhalten ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

„Im Jahr 2017 hat Hessen wieder einen Überschuss von 1 Milliarde Euro erwirtschaftet. Davon wurden 60 Prozent von 420 Kreisangehörigen Gemeinden erreicht. Die restlichen 40 Prozent entfallen auf die 24 finanzstärksten Kommunen“, betont der Innenminister. Gleichzeitig werden in diesem Jahr voraussichtlich 97 Prozent der hessischen Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren können. „Damit haben die hessischen Kreise noch in dieser Legislaturperiode bei den Kommunal финанzen einen Turnaround geschafft“, so Beuth. Er geht davon aus, dass im Jahr 2020 100 Prozent der kommunalen Haushalte ausgeglichen sein werden. Einen riesigen Batzen habe das Land Hessen schon mit der Hessenkasse geleistet, indem es die Schulden der Kommunen abgelöst hat und auf günstige Kredite umgeschuldet



Hessens Innenminister Peter Beuth (links) und Dr. Walter Wallmann (rechts), Präsident des Hessischen Rechnungshofs, besuchen Grävenwiesbach als 100. Nichtschuttschirmgemeinde beim Beratungsgespräch. Foto: inf

hat. Das augenblicklich niedrige Zinsniveau begünstigt dieses Vorgehen, die neuen Kredite sind auf 30 Jahre angelegt bei einer Zinsbelastung von 1,523 Prozent. „Würden die Zinsen wieder ansteigen, so hätten manche Kommunen ein riesiges Problem. Das ganze Thema hing uns wie Blei an den Füßen“, sinitiert der Politiker. Die Umschuldungen via Hessenkasse tragen zur einen Hälfte die Kommunen – und letztendlich die Bürger mit einem Beitrag von 25 Euro pro Jahr. Die andere Hälfte werden aus Landesmitteln und sicheren Einnahmen bereitgestellt. Über diesen Ausgleich der Altdefizite sei für viele Kommunen jedoch ein Neuanfang möglich. In 171 Kommunen wurden die Altkredite bereits abgelöst, ein zweiter Schwung erfolgt am 17. Dezember. Wichtig für die Kommunen wird nun, keine neuen Schulden mehr aufzubauen. „Da werden wir genau hinschauen“, betont der Innenminister.

Ein erster Schritt ist bereits mit dem eingeführten Haushaltssicherungskonzept getan, welches einen genehmigungspflichtigen Haushalt vorsieht. „Das ist wesentlich realistischer als vorher“, betont Beuth. Ebenso wurde der Paragraph 92 der Hessischen Gemeindeord-

nung verändert, der die Allgemeinen Haushaltsgrundsätze regelt. Er sieht vor, dass eine Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen hat, dass die Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert und der Haushalt ausgeglichen ist. „Diesmal achten wir wirklich darauf, dass der Paragraph eingehalten wird“, betont der Innenminister. Denn bisher sei ein Verstoß mehr ein Kavaliärsdelikt, als die Ausnahme gewesen. Nun aber können die Gemeinden und im Extremfall sogar der Bürgermeister für einen Regelverstoß haftbar gemacht werden. Um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, müssen Kommunen aber oftmals wissen, wo genau es bei ihnen hakt, beziehungsweise wohin die größten Geldsummen fließen oder wie man Fördergelder am besten generiert.

Genau hier setzt das Beratungsangebot KIKZ an. Optimierungsbedarf gebe es in Grävenwiesbach – wie Bürgermeister Roland Seel nach einer ersten Analyse der Experten am Montagmittag berichtet – im Bereich der Dorfgemeinschaftshäuser. „Doch das müssen wir uns noch einmal im Detail angucken“, erlärnt der Verwaltungschef gegenüber dem UA. Indes: die Prüfung des KIKZ ist lediglich eine Analyse. Die Gemeinden

können immer noch selbst bestimmen, wie sie mit den Daten umgehen und ob sie selbst Handlungsbedarf sehen oder nicht. „Wir haben hier schon zahlreichen Gemeinden helfen können, insgesamt waren 86 Prozent der Gemeinden froh über das Beratungsangebot“, sagt der Chef des Rechnungshofs Wallmann. Zumal die Erfahrung des einen auch dem anderen zugutekommen kann.

Eine finanzielle Kehrtwende der Kommunen sei, so sagte es Beuth, nach der großen Finanzkrise im Jahr 2008 bitter nötig gewesen. Im Jahr 2008 gab es hohe Steuereintrüche. Viele Gemeinden waren auf einmal überschuldet. Noch im Jahr 2013 war nur ein Drittel der Gesamthaushalte der 444 hessischen Gemeinden und Landkreise ausgeglichen. Ab dem Jahr 2014 haben verstärkte Schutzmaßnahmen gegriffen. Grävenwiesbach jedoch gehört zu den Kommunen, bei der nur im verminderten Umfang Kassenkredite aufgelaufen sind. Kehrseite der Medaille war: Investitionen wurden zurückgestellt, haben auf der anderen Seite aber auch nicht so große Defizite wie bei anderen Gemeinden verursacht. „Wir möchten nun ein Signal geben, dass sich dieser Verzicht für Grävenwiesbach gelohnt hat“, betont Beuth.